

II-3087 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1541/J

1981 -12- 02

A N F R A G E

der Abgeordneten Ing. Gassner
und Genossen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Arbeitsleihverträge

In einem Interview mit der Arbeiterzeitung hat Sozialminister Dallinger angekündigt, daß er beabsichtige, Leiharbeit gesetzlich zu unterbinden. Für das Verbot von Arbeitsleihverträgen trat in diesem Zusammenhang auch der sozialistische Abgeordnete z.NR Dr. Schranz ein.

Die jährlichen Beratungen im Finanz- und Budgetausschuß zeigen jedoch immer wieder, daß auch der Bund eine Anzahl von Arbeitsleihverträgen abgeschlossen hat.

Angesichts der Diskrepanz zwischen den Erklärungen von Sozialminister Dallinger und der Praxis der sozialistischen Bundesregierung stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Justiz folgende

A n f r a g e :

1. *Mit welchen Personen bestehen derzeit in Ihrem Ressort Sonderverträge, Arbeitsleihverträge, Konsulentenverträge oder sonstige außergewöhnliche arbeitsrechtliche Verträge?*

- 2 -

2. *Wie hoch ist das vertraglich vereinbarte monatliche bzw. jährliche Entgelt dieser Personen und welche Leistungsverpflichtungen stehen dem gegenüber?*
3. *Wie begründen Sie den Umstand, daß in den genannten Fällen kein normales Dienstverhältnis besteht bzw. für diese Tätigkeit nicht Beamte oder Bedienstete mit einem normalen Dienstvertrag herangezogen werden?*
4. *Haben die oben genannten Personen befristete oder unbefristete Verträge?*
5. *Wenn es sich um befristete Verträge handelt, bis wann sind sie befristet?*
6. *Sind Sie bereit, dem Anfragesteller Vertragskopien zur Verfügung zu stellen?*